

Deutschland.

□ **Berlin, 21. Januar.** Einige liberale Blätter enthalten die Mitteilung, daß von dem Kriminal-Senat das Kammergericht in der Angelegenheit des Abg. Twesten ein Termin in zweiter Instanz auf den 27. d. angesetzt worden sei. Dies soll nach diesen Blättern verfassungswidrig sein, da nach §. 84 der Verfassung kein Abgeordneter ohne Genehmigung des Abgeordnetenhauses während der Dauer der Session zur Untersuchung gezogen oder verhaftet werden könne. Diese Stelle paßt aber nicht auf den vorliegenden Fall, wenn nicht wieder eine demokratische Auslegung der Verfassung vorliegen soll. Es handelt sich in der Twesten'schen Angelegenheit bekanntlich nicht um die Einleitung einer neuen Untersuchung, sondern um die Fortführung eines seit längerer Zeit schwebenden Verfahrens. Hierher gehörig könnte indessen eine weiter unten folgenden Stelle desselben Verfassungs-Paragraphe sein, wonach das Strafverfahren gegen ein Mitglied der Kammer für die Dauer der Sitzungen eingestellt werden muß, wenn es die Kammer verlangt. Da nun aber das Abgeordnetenhaus die einstweilige Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. Twesten nicht verlangt hat, so ist auch gegen die Ansetzung eines weiteren Termins in seiner Angelegenheit vom Standpunkte der Verfassung aus nichts einzuwenden. — Da in Folge der Regulierung der Donau-Mündungen der Handelsverkehr in den dortigen Gegenden sehr zugenommen hat, so wäre es sehr wünschenswert, daß die türkische Regierung die Durchfuhr der Schiffe durch den Bosporus auch zur Nachtzeit gestatte. Bis jetzt haben nur die Lloyd-Dampfer das Privilegium, den Bosporus und die Dardanellen bei Nachtzeit zu passieren. Wie wir hören, sind von den europäischen Gesandten bei der Pforte Vorstellungen gemacht worden, die in Frage stehende Durchfuhr zu bewilligen, und ist zu hoffen, daß dem ausgesprochenen Wunsche Rechnung getragen werde. — Das deutsche Seewesen hat seit Begründung des norddeutschen Bundes einen noch größern Aufschwung genommen. Es liegen verschiedene Anzeichen davon vor. In Hamburg ist ein allgemeiner deutscher nautischer Verein in der Bildung begriffen. Dann hat auch das Rettungswesen zur See Fortschritte gemacht. Die Gesellschaft zur Rettung von Schiffbrüchigen hat an den deutschen Nordseerästen fünf Stationen errichtet, als es ihre Mittel gestatten. Ihre Bemühungen sind auch mit Erfolg gekrönt gewesen, insofern durch ihre Rettungsanstalten während des stürmischen Jahres 1867 200 Menschenleben dem Wellengrabe entrissen worden sind. Endlich ist auch die deutsche Seefischerei mehr im Aufblühen begriffen. Zum Betriebe derselben in der Nordsee haben sich bereits 3, in der Ostsee 2 Gesellschaften gebildet. Es ist Hoffnung vorhanden, daß das deutsche Seewesen immer mehr Leben und Bewegung gewinnt. — In Folge der Aufforderung des „Hilfsvereins für Ostpreußen“ haben sich sämtliche landwirtschaftliche Vereine in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen bereit erklärt, die Verteilung der eingehenden Gaben, soweit dies verlangt wird, zu übernehmen. Auch hat sich die landwirtschaftliche Centralstelle für Ostpreußen anbeisig gemacht, die Gaben an die betreffenden landwirtschaftlichen Vereine zu dirigieren. Bereits sind bedeutende Gaben durch die Hände des Vereins gegangen. — Das Schreiben des Generalleutnants von Troschke an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses v. Jordan, worin derselbe die betreffenden Äußerungen des Abg. Birchow für unwahr erklärt, ist wieder sehr bezeichnend für das Treiben der Fortschrittspartei. Bekanntlich hat Hr. Dr. Birchow behauptet, der Gen. v. Troschke habe zu den Mitgliedern des Comité's in Jasterburg geäußert: „die Herren vom Comité haben ja so wohl an, daß man ummöglich an einen so großen Nothstand in der Provinz glauben könnte“. Es geht aus diesem Vorgang zweierlei hervor, 1) daß die Fortschrittspartei bei ihrem Treiben selbst das Mittel der Erfindung und Entstellung der Thatfachen nicht scheut und daß daher 2) die Nachrichten und Darstellungen der demokratischen Partei von vornherein immer mit dem größten Mißtrauen aufgenommen werden müssen. — Der Gang der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses hat in letzter Zeit einen so langsamen und langweiligen Gang genommen, daß bei Fortsetzung dieses Tempos die Sitzungen etwa bis Ostern dauern würden. Es hat sich indessen gegen diesen Gang eine so allgemeine Mißstimmung erhoben, daß eine Beschleunigung der Beratungen hienächst um so mehr eintreten wird, als sich dafür auch der Präsident v. Jordan ausgesprochen hat.

□ **Berlin, 21. Januar.** Das ultramontane „Mainzer Journal“ läßt sich aus Berlin schreiben, der König habe einer Deputation aus Culin und Emeland, die ihm am 14. Januar eine Adresse zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstthums überreichte, u. A. folgendes erwidert: „Nach seiner Ueberzeugung sei die Sicherstellung der weltlichen Macht des Papstes notwendig, und er habe, so wie es auch von anderer Seite geschehen, in dieser Beziehung Schritte gethan, um das sichtbare Oberhaupt der katholischen Kirche in seiner Selbstständigkeit zu schützen. Es könnten seinerseits freilich nur moralische Mittel angewendet werden, da die geographische Lage Preußens die Anwendung materieller Mittel nicht gestatte. Gegenwärtig scheine aber auch dem Papste die befürchtete Gefahr nicht zu drohen, da die Souveräne Europa's eine Vergewaltigung desselben nicht dulden würden, und er hoffe, daß den vereinten Bemühungen die Sicherstellung der Selbstständigkeit des Papstes gelingen werde.“

— In der national-liberalen Fraktion stimmte gestern Abend nach langer Debatte eine bedeutende Majorität für Annahme der Verträge mit den Depositionen. Ein Theil der Fraktion erklärte, noch nicht schlüssig zu sein und enthielt sich der Abstimmung.

— Neuerdings sind namentlich in der Provinz Brandenburg mehrfach Fälle vorgekommen, wo jüdische Handelsleute an Sonn-

tagen durch Nachfrage nach Weizen, Getreide u. s. w. die Produzenten zu Geschäftsabschlüssen herausforderten. Da solche Störung der Sonntagsfeier um sich zu greifen droht, so hat das R. Ober-Präsident dieser Provinz die Landräthe und Polizeiverwaltungen durch eine Verfügung angewiesen: das Verbot des Hausirhandels an Sonn- und Festtagen mit der nöthigen Strenge aufrecht zu erhalten. Auch den Konfessoren ist von dieser Verfügung Kenntniß gegeben worden.

— Von den Abgg. Bassenge, v. Bennigsen und Kleger (Samter) als Kommissarien des Hauses für die Vorberatung des Etats der indirekten Steuern wird folgender Antrag eingebracht: „Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen, die Königl. Staatsregierung aufzufordern, dem Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen die Zeitungsstempelsteuer vom 1. Januar 1869 ab in Wegfall gebracht wird.“

□ **Berlin, 21. Januar.** (Saus der Abgeordneten.) 33. Sitzung. Präsident v. Jordan eröffnet die Sitzung um 10½ Uhr. Am Minister-Tische: Mehrere Regierungs-Kommissare. Später erschienen die Minister Graf zu Eulenburg und v. Selchow. — Die Bänke des Hauses, so wie die Tribünen sind sehr spärlich besetzt.

Der Antrag des Abg. v. Bonin wegen gesetzlicher Regelung der Stellvertretungskosten soll durch Schlussberatung erledigt werden. Der Präsident ernennt zum Referenten den Abg. Windthorst (Meppen). — Die Tagesordnung führt zur Fortsetzung der Vorberatung des Etats des Ministeriums des Innern. — Die Titel 14–18 werden genehmigt. — Zu Tit. 19 (zu geheimen Ausgaben im Interesse der Polizei) nimmt zuerst das Wort der Abg. v. Ullrich: Der Abg. v. Bennig habe bereits darauf aufmerksam gemacht, daß zu polizeilichen Zwecken im Etat 92,000 A. ausgeworfen seien. Er sei der Ueberzeugung, daß mehr geleistet werden könne, als geleistet werde, und zwar auch ohne die geheimen Fonds. Wenn die Polizei ein wenig geschäftig wäre, so müßte sie verhindern können, daß Leute, welche unter polizeilicher Aufsicht ständen, öffentliche Lokale unsicher machten. (Der Redner kommt darauf auf die frühere Äußerung des Ministers des Innern zurück, der es sich zum Verdienst angerechnet habe, die Fortschrittspartei niedergehalten zu haben, und sagt da:) Wenn nun einmal ein liberaler Minister des Innern berufen würde und derselbe verlangte von den Landräthen die Niederhaltung der konservativen Partei? In welche Stellung würden die Landräthe dadurch geraten? Der Herr Minister habe unterschieden zwischen der liberalen und der Fortschrittspartei; allein er müsse darauf aufmerksam machen, daß auch gegen die Wahl sehr gemäßigter liberaler Männer agitirt worden sei. Daraus, daß es dem Minister des Innern nicht gelingen sei, im Hause sich eine Majorität zu schaffen, werde er sehen, daß solche Zustände nicht haltbar seien.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Er sei auf solche Ausführungen bei dieser Gelegenheit nicht vorbereitet gewesen; er gehe auch nur darauf ein, wenn er speziell dazu veranlaßt werde. Er glaube nicht, daß man einer Regierung mit weniger Recht den Vorwurf machen könne, einer scharfen Partei anzugenehen, als der gegenwärtigen. Derselbe sei aus der konservativen Partei hervorgegangen; sie verkenne aber nicht die Ansprüche, welche die liberale Partei machen könne. — Abg. v. Wittke-Collande: Er freue sich, daß die Herren zu der Ansicht gekommen seien, daß ohne kräftige Polizei im Lande nicht auszukommen sei. Der Haupt-Übelstand sei der, daß die Polizei gewissermaßen zur Rolle der Denuncianten herabgedrückt sei, dadurch, daß ihr das Recht zu strafen genommen worden. Der Schutzmann müßte ein größeres Recht zum Waffengebrauch haben. Die konservative Partei würde einen Druck seitens der Regierung nicht fürchten; sollte jemals ein Ministerium die konservative Partei niederhalten wollen, so würden die Landräthe sofort ihren Abschied nehmen. (Seitens.) — Abg. Frhr. v. Soverbed: Er hätte gewünscht, daß der Abg. v. Ullrich auch gegen den geheimen Fonds stimmen würde. Die Fortschrittspartei stimme gegen denselben, weil sie die Bewilligung desselben als ein Vertrauensvotum für das Ministerium ansehe. Wenn ein Ministerium offen erkläre, daß es einen Haupttheil seiner Thätigkeit darin gefunden habe, auf die Wahlen einzuwirken und die Fortschrittspartei niederzuhalten, so könne das Ministerium nicht das Vertrauen verlangen, welches in der Bewilligung des geheimen Fonds liege. (Zustimmung links.) Daß das Ansehen der Polizei im Lande gelitten habe, das wolle er glauben. Wenn die Polizei zur Niederhaltung einer politischen Partei genötigt werde, so leide darunter das Ansehen der Polizei. Er bitte deshalb, gegen den geheimen Fonds zu stimmen.

Abg. v. Söcker erörtere zunächst die Differenz zwischen der Fortschrittspartei und den National-Liberalen und erklärt dann, daß er und seine Partei nie gegen diesen Fonds, sondern stets gegen den geheimen Preisfonds gestimmt hätten. Wäre sich jedes Mitglied der Polizei bewußt, daß es nur auf dem Geleise stehe, so würde sich das Ansehen der Polizei von selbst erhöhen. — Abg. Kantat: Er und seine Freunde stimmten gegen den Fonds, weil derselbe in der Provinz Polen zur Hervorbringung von Hochverrats-Prozessen, Fälschung von Papieren ac. gebraucht wurde. — Abg. Graf Schwerin: Man könne die Berechtigung der liberalen Partei anerkennen und dennoch in Bezug auf die innere Politik sich von der Fortschrittspartei entfernen. Die Frage des Vertrauens oder Mißtrauens zum Ministerium wolle er hier nicht zur Geltung bringen, er stimme für den Fonds, weil er nicht entbehrt werden könne, sei das Ministerium konservativ oder liberal. — Abg. Frhr. v. Soverbed: Der Fonds soll im Interesse des Staates verwendet werden; es könne aber Niemand dafür garantiren, daß eben solche Zwecke damit verfolgt werden. — Die Diskussion wird hienächst geschlossen und der Fonds genehmigt. — Zu Tit. 20–24 (Landgendarmarie) liegt ein Antrag des Abg. v. Bonin (Eutin) vor: „die Staatsregierung aufzufordern, einen Gesetz-Vorschlag, betr. die anderweitige Organisation der Land-Gendarmarie den beiden Häusern des Landtags baldmöglichst vorzulegen.“ — Eine Reihe von Anträgen des Abg. A. Mann zielen auf die Abhebung aller im Etat angelegten Mehrausgaben für die Brigadiers, Distrikts-Offiziere u. s. w.

An der folgenden Diskussion betheiligen sich die Abgg. Janßen, von Bonin, Aßmann, der Regierungs-Kommissar Geh. Rath v. Rehler, Abg. Stavenhagen, Twesten und der Minister des Innern. Letzterer erklärt, daß er eine militärische Organisation des Korps so weit für notwendig halte, um dasselbe in Ordnung zu halten. Er stimme mit dem Hause darin überein, daß eine zu große Zahl von Offizieren nicht zu empfehlen sei, und er verspreche, auf die Vereinfachung der militärischen Organisation hinzuwirken, so viel in seinen Kräften liege. Die durch den Etat beantragte Aenderung führe schon einen besseren Zustand herbei, als der frühere gewesen sei. — Die Anträge Aßmanns werden hienächst in allen Punkten angenommen, eben so der Antrag des Abg. v. Bonin.

Es wird darauf zu dem Etat der Straf-, Besserungs- und Gefangenen-Anstalten übergegangen. Tit. 26. Gefangenen 627,028 A., Regenerationen u. s. w. 7500 A., Bureaukosten 13,173 A., Zur Unterhaltung der Deponen 1,129,450 A., Dispositionsfonds 36,565 A. — Hierzu beantragt der Abg. Windthorst (Meppen), die Verwaltung der Strafanstalten aus dem Ressort des Ministeriums des Innern in das Ressort des Justizministeriums zu übernehmen. — Abg. v. Salzwedel bleibt unverständlich; er scheint sich gegen den Antrag auszusprechen. — (Vize-Präsident Köller hat unterdessen das Präsidium übernommen). — Reg.-Komm. v. Eichhorn: Die Regierung kann sich dem vorliegenden Antrage nicht anschließen. Schon früher hat man Versuche gemacht, die Strafanstalten dem Ressort der Justizverwaltung zu überweisen; diese Ver-

suche haben jedoch den davon gehegten Erwartungen nicht entsprochen. Als Grund für den Antrag führt man die Nothwendigkeit an, daß der Richter die Garantie haben müsse, daß die Verwaltung in der vom Gesetze vorgeschriebenen Weise geführt werde. Diese Garantie ist aber auch jetzt dadurch gegeben, daß die Präsidenten der Appellationsgerichte das Recht haben, die Strafanstalten von Zeit zu Zeit zu revidiren, wodurch ihnen gleichzeitig Gelegenheit wird, sich über die Folgen der Strafvollstreckung zu vergewissern. Außerdem sprechen aber auch eine Menge zweckmäßiger Gründe dafür, die Strafanstalten unter dem Ressort des Ministeriums des Innern zu belassen; zunächst kommen in der Verwaltung derselben eine Menge anderer Fragen ins Spiel, die sich diesem Ressort viel natürlicher unterordnen und sodann würde der Geschäftsgang bei Durchführung des Antrages außerordentlich schwerfällig werden. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag abzulehnen. — Abg. Dr. Eberth: Die Einwendungen des Herrn Kommissars verschwinden dem Grundsatze gegenüber, daß der Richter nicht nur für das Urtheil, sondern auch für die Strafvollstreckung einzustehen hat. — Redner giebt hienächst eine geschichtliche Entwicklung der verschiedenen Strafanstaltensysteme und kommt endlich auf die Anstalt in Moabit, die er als durchaus mangelhaft darstellt. Seitdem der jetzige Gefängnisdirektor Wille die Leitung übernommen, habe sich der Gesundheitszustand wesentlich verschlechtert. Die Beschäftigung im Freien, die in Radowitz vorzüglich Resultate ergeben, habe der Beschäftigung in geschlossenen Räumen Platz gemacht; es herrsche eine übertriebene Sparsamkeit. Zudem bestrebe die eine Klasse der Anstalt aus Jünglingen des rauen Hauses, welche die Gefangenen aus Bänke zu erziehen suchten und dadurch nur Scheinheiligkeit und Heuchelei beförderten. Alle diese Mittheilungen seien ihm aus zuverlässiger Quelle zugegangen, und wenn er auch nicht mit positiven Beweisen hervortreten wolle, so würde doch eine Untersuchungs-Kommission die Wahrheit seiner Behauptungen erweisen. Eine gründliche Reform lasse sich bei einem getheilten Regime, wie es jetzt bestehe, nicht durchführen.

Abg. Stroßner gegen den Antrag Windthorst und speziell gegen Eberth: Mit der bloßen Humanität kommt man Verbrechern gegenüber nicht durch und es handelt sich nicht bloß um die Vollstreckung der Strafe, sondern auch um den Versuch ihrer Besserung. Es ist schwer, tüchtige Beamten zu bekommen, da die Gehälter verhältnißmäßig gering und die Arbeit eine sehr anstrengende ist. Die Behauptung, daß sich der Gesundheitszustand verschlechtert habe, daß viele Wahnsinnsfälle vorgekommen seien, kann ich nicht apodiktisch widerlegen, da ich nur das behaupte, was ich beweisen kann; es wäre auch gut, wenn der Herr Redner für seine Behauptungen Beweise angeführt hätte. (Sehr richtig, rechts.) Nach meinen Erfahrungen haben umgekehrt in den Strafanstalten mit gemeinsamer Haft mehr Fälle von Wahnsinn stattgefunden, als in denen mit Einzelhaft. Des Richters Sache ist die Untersuchung des Verbrechens, die Rechtsprechung, aber die Strafvollstreckung ist jetzt so sehr in das Gebiet der Verwaltung übergegangen, daß ich glaube, die Jurien könnten von ihren Kenntnissen in einer solchen Stellung keinen Gebrauch machen. Die Heuchelei bringen die Leute in die Strafanstalt mit hinein, die die Idee der Freiheit, nämlich der Freiheit zu rauben, zu stehlen u. s. w. mit hineinbringen. Der Gegenstand über den ich eigentlich sprechen wollte — (Reichen der größten Ungeheuer. Redner nach links gemendet sehr erregt: M. S., ich habe das Recht zu sprechen, so lange ich will; wenn ich hier Ihre Herren Stunden lang anhören muß, so darf ich auch sprechen, so lange ich will, ist die Einzelhaft, doch will ich mir nähere Ausführungen ersparen, da ich schon bei der Beratung des Etats des Justizministeriums darüber gesprochen. — Abg. Windthorst (Meppen): Mein Antrag bedeutet, die Verwaltung der Strafanstalten in eine Hand zu legen und zwar in die des Justizministeriums. Ich stehe in dieser Beziehung auf dem Standpunkte der Petition des Rheinisch-Westfälischen Gefängnis-Gesellschaft. Wenn den bestehenden Mängeln bald und wirksam abgeholfen werden soll, muß die Verwaltung der Strafvollstreckung in eine Hand gelegt werden. Als das Kriminalgesetz hier beraten wurde, hat man die Art und Weise der Vollziehung der Strafe nur nach ganz allgemeinen Gesichtspunkten festgestellt, weil man nicht die nöthige Zeit dazu hatte, oder über das Prinzip selbst noch nicht zum Abschluß gekommen war. — Eine baldige Regelung nach einem bestimmten Prinzip ist nöthig. Man wird, glaube ich, im Wesentlichen auf die Einzelhaft kommen, d. h. zu dem Prinzip, die Gefangenen nicht von aller Gesellschaft abzuheben, aber von der schlechten, von der ihrer Mitgefangenen. (Beifall.) Von diesem Standpunkte aus muß man reorganisiren. Bis jetzt gehört die Verwaltung der Gefangenenanstalten in einigen Provinzen zum Ressort des Justiz-Ministeriums; hieraus folgt nicht bloß eine Ungleichheit in der Behandlung der Gefangenen, sondern auch eine völlige Unklarheit über das einigebundene Prinzip. In einzelnen Gefängnissen findet Einzelhaft, in anderen gemeinsame Haft statt. Das kann nicht so fortgehen, es muß ein einheitliches Prinzip aufgestellt werden, und zwar bald. Es sind hierzu eine Masse Bauten nöthig; wenn nun nicht bald ein durchgehendes Prinzip aufgestellt wird, so werden viele Bauten unnütz ausgeführt und später wieder verworfen. — Es ist ferner nöthig, daß die Untersuchungs-, die Straf- und die Zuchtbaus-Gefangenen getrennt werden müssen. Es kommen jetzt Fälle vor, wo durchaus verwerflich ist, daß Untersuchungs-Gefangene in Gefängnisse gesperrt werden, die nicht vergleichbar sind mit Ställen für die Thiere. (Hört, hört!) In Hannover hat man das Einzelhaftsystem und überhaupt mannigfache Verbesserungen eingeführt, was hauptsächlich dadurch befördert wurde, daß die Verwaltung in eine Hand lag. — Es fragt sich nun, in welcher Hand wir die Verwaltung vereinigen wollen, und da schlage ich vor die Hand des Justizministeriums. Es fällt mir natürlich nicht ein, hiedurch dem Minister des Innern irgend ein Mißtrauensvotum zu geben. Insofern hat der Minister des Innern ja selbst erklärt, daß er so sehr mit Arbeiten überlastet wäre; hienach rechtfertigt es sich schon, daß wir ihm eine Erleichterung gewähren. Der Justizminister hat allerdings wohl auch sehr viel zu thun; ich bin aber der Ansicht, daß die organisatorischen Arbeiten, die wir vom Minister des Innern erwarten, viel schwieriger sind, als die des Justiz-Ministers. — Dazu kommt aber noch der Grund, daß meiner Meinung nach diejenige Behörde, welche eine Strafe erkennt, auch die Vollstreckung derselben übernehmen muß. Der Justizminister muß eine Garantie dafür haben, daß die Strafe in dem Geiste und Sinne vollstreckt wird, in dem sie erlaunt worden ist; er muß also einen Einfluß auf die Art und Weise der Ausführung haben. Das ist aber nicht anders möglich, als wenn die Verwaltung der Gefangenen-Anstalten in seine Hand gelegt wird. (Beifall.)

Der Schluss wird angenommen. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Dr. Eberth: Dem Abg. Stroßner bemerke ich, daß ich die Beweise für alle meine Behauptungen in Bezug auf die Gefangenen-Anstalten in Moabit und Radowitz in Händen habe, dieselbe aber aus bewegenden Gründen nicht mittheilen kann. Möge man Untersuchungs-Kommissionen nach Radowitz und Moabit senden, so wird man sich leicht von der Richtigkeit meiner Behauptungen überzeugen. — Abg. Stroßner: Wenn der Abg. Eberth die Beweise in Händen hat, so ist es seine Ehrenpflicht, sie auch uns mittheilen. (Widerpruch links.) Das kann jeder sagen. Ich habe die Beweise in Händen, kann sie aber nicht mittheilen. (Große Unruhe links; Ruf: Zur Ordnung!)

(Schluß folgt im Morgenblatt.)

□ **Oldenburg, 18. Januar.** Die in unserem Hafenorte Clesfeld bestehende Schiffer- und Rheeder-Gesellschaft „Concordia“ hatte beim vorigen Reichstage eine dahin gehende Petition eingebracht: daß baldigst, spätestens aber bis zur Einführung der gemeinsamen Kauffahrtsflagge, die auf die spezielle Primatatsflagge beschränkte Gültigkeit der Steuermanns- und Kapitänsgewinne befristet und auch für den gesamten Schifferstand aus seinen eigen-

sten Interessen zuzugewandte Freizügigkeit geschaffen werde. Der Reichstag beschloß, die gedachte Petition dem Bundes-Präsidenten mit dem Ersuchen zu überreichen, baldmöglichst gemeinsame Bestimmungen über die Erfordernisse, welche zur Erlangung der Steuer-manns- und Kapitänseignisse für alle norddeutschen Schiffe be-zurechtigen, herbeizuführen. Das wird vielleicht zunächst Veranlassung dazu gegeben haben, daß vor einiger Zeit sämtliche deutsche Seeressortanten vom Bundeskanzleramt ersucht worden sind, Mit-theilungen über die bei ihnen bestehenden Prüfungsvorschriften und über die von ihnen zur Ausbildung der Seeleute getroffenen Ein-richtungen zu machen. In der Sache selbst kann kein Zweifel ob-walten. Indem die Handelsmarine nach Art. 54 der Bundesver-fassung eine einheitsliche sein soll, und nachdem bereits über die Befähigung zur Führung der Bundesflagge bundesgesetzliche Bestim-mungen getroffen sind, auch nach §. 13 des Bundesgesetzes über die Verpflichtung zum Kriegsdienste die Ablegung des Steuer-manns-Examins die Berechtigung zum einjährigen freiwilligen Dienste in der Bundes-Marine gewährt, müssen notwendig über-einstimmende Normen für die Befähigung zur Steuerung und zur Führung eines Schiffes vorhanden sein. Vielleicht wird ein dar-auf abzielendes Gesetz schon auf dem nächsten Reichstage zur Vor-lage kommen. Bis dahin mag es den einzelnen deutschen See-Resortanten überlassen bleiben, über die gegenseitige Anerkennung ihrer Steuer-manns- und Kapitänseignisse sich zu verständigen und so eine dem Interesse der Schifffahrt entsprechende Freizügigkeit des Schifferstandes mit vielen oder wenigen schon jetzt unter sich ein-treten zu lassen.

Dresden, 12. Januar. Die Abgeordneten-Kammer berathet heute über eine bedeutende Anzahl von Petitionen der Landge-meinden, betreffend die Militärleistungen in Kriegsjahren auf dem Lande. Die Kammer faßte den Beschluß, die Staatsregierung zu ersuchen, bei den kompetenten Organen des norddeutschen Bun-des mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, daß das preussische Gesetz vom 11. Mai 1851, betreffend die Mi-litärleistungen, abgeändert und daß auch bei allen für militärische Zwecke zu leistenden Diensten eine angemessene Entschädigung ge-zahlt werde.

Stuttgart, 21. Januar. Die Abgeordneten-Kammer lebte bei der heute fortgesetzten Beratung des Wehrgesetzes sämtliche auf die Dauer der Präsenzzeit bezüglichen Anträge ab. Die Frage bleibt mithin bis auf Weiteres offen. Das Resultat der Abstim-mungen rief große Sensation hervor.

München, 21. Januar. Kammer der Reichsräthe. Fort-setzung der Beratung des Wehrgesetzes. Die Kammer nahm von ihrem früheren Beschluß, welcher eine vierjährige Dienstzeit für die Reserve festsetzte, Abstand und genehmigte den bezüglichen Beschluß der Abgeordneten-Kammer, wodurch die Dauer der Reserve-Dienstzeit auf nur drei Jahre fixirt wird. In Betreff der Kavallerie be-harrte die Kammer jedoch einstimmig bei ihren früheren Beschlüssen, welche für diese Truppengattung eine vierjährige Dienstzeit festset-zen. Bezüglich des Avancementgesetzes wurde mit allen gegen 17 Stimmen beschloffen, der königlichen Erwägung anheim zu geben, ob und wie die Beförderung und Pensionirung der Offiziere und Militärbeamten gesetzlich zu regeln sei.

Ausland.

Wien, 21. Januar. Die ungarische Delegation hat Comu-lik zu ihrem Präsidenten gewählt.

Die Delegation des Reichsraths hat ihren Geschäftsord-nungsentwurf ein bloc angenommen. Sodann wurden die Schrift-führer und Ordner gewählt und die Vollmachten der Mitglieder gewählt. — Das vom Reichsfinanzminister Freiherrn von Becke der Reichsraths-Delegation vorgelegte Reichsbudget stellt für die Gesamtbudgetbedürfnisse des Staats die Ziffer von 86,358,893 Gulden auf. Davon kommen 6,482,191 Gulden an Zollertrag in Abzug. Von den verbleibenden 79,876,702 Gulden fallen 55,913,691 auf die cisleithanische und 23,963,010 auf die transleithanische Reichshälfte.

Die „Neue freie Presse“ meldet: Die Verordnung, betref-fend die Berechtigung der Staatsbeamten auf die Verfassung, hat Kaiserliche Sanction erhalten. Die Regierung wird dem Reichs-rathe ein Gesetz betreffs eventueller direkter Wahlen zum Reichs-rathe vorlegen.

Paris, 21. Januar. Die „Presse“ theilt mit, daß der Kaiser, die Kaiserin und der Kaiserliche Prinz heute in den Tuileries einer feierlichen Messe zum Gedächtniß Ludwigs des Sech-gehten beigewohnt haben.

Nach dem „Konstitutionnel“ hat der Finanzminister gestern das Comité der Inhaber mexicanischer Obligationen empfangen. Diefelben sollen die Ueberzeugung mit fortgenommen haben, daß die Regierung Alles zu thun gewillt ist, um ihren Ansprüchen in berechneter Weise Geltung zu verschaffen.

Paris, 21. Januar. Der „Moniteur“ meldet vom Kriegs-schauplatz am La Plata, daß keine weiteren Nachrichten von mili-tärischen Aktionen in Paraguay eingelaufen seien; übrigens habe sich herausgestellt, daß die bisherigen Bewegungen der Brasilianer nicht im Stande gewesen seien, die Verbindung zwischen dem Lager von Humaita und dem Innern von Paraguay aufzuheben; es sei vielmehr Lopez, welcher sich noch im vollen Besiz aller bisherigen Hülfsmittel befinde, gelungen, eine geschützte Kommunikation längs den Flüssen Trebignary und Vermelho herzustellen. Die Uebergabe Humaitas durch Ausbungerung zu erzwingen, sei unmöglich erschie-nen; man glaube deshalb, einen neuen Angriff erwarten zu müs-sen. — Die Cholera, welche in Paraguay wüthet, ist auch in Buenos-Ayres aufgetreten. Die Verbindung zwischen den Häfen von Montevideo und Buenos-Ayres ist in Folge hiervon unter-brochen. Die Regierung von Montevideo hat vorübergehend den Zwangscours für Bankbilletts eingeführt.

Florenz, 20. Januar. (Deputirten-Kammer.) Fortsetzung. Um das Defizit von 236 Millionen zu decken, sollen theils neue Steuern aufgelegt werden (Mahlsteuer 76 Millionen, Besteuerung gewisser Befugnisse, deren Ausübung früher der Regierung zustand, 4 Millionen); theils sollen alte Steuern produktiver gemacht wer-den, nämlich die Registrirungs- und Stempelsteuer um 19, die Ta-baksteuer um 8, die Einfuhrzölle um 42 Millionen. Fernere Er-sparungen in der Verwaltung werden auf 14 Millionen veranschlagt, zusammen 163, umgedeckt bleiben mithin 73 Millionen, welche durch allmähliche Erhöhung des Ertrages dieser Steuern bis um 3 Prozent in längstens 12 Jahren verschwinden würden.

Nachdem der Finanzminister eine Uebersicht über die allgemeine Lage gegeben, seht er die Gründe auseinander, welche für eine Verzichtleistung auf das Tabaksmopol sprechen und kündigt als-dann mehrere Gesetzentwürfe an, betreffend die Vereinfachung der Provinzial- und Kommunalverwaltungen, die Verbesserung der Lage der Beamten, die Uebertragung der Verwaltung des Staatschages an die Nationalbank und die Ueberlassung der Erhebung der di-rekten Steuern an die Kommunen. Der Staat, erklärt der Mi-nister, habe noch disponible Kirchengüter im Gesamtwerthe von 200 Millionen; man könne daher für das laufende Jahr die Mittel beschaffen, ohne zu außerordentlichen Maßregeln Zuflucht zu nehmen. Derselbe schloß seine Auseinandersetzung über die Finanzlage mit der Erklärung, daß der Ertrag aus dem Verkauf der Kirchengüter, obgleich derselbe sehr günstig von Statuten geht, nicht genüge, um die finanziellen Schwierigkeiten definitiv zu beseitigen. Der Mi-nister wolle daher nach Vortrags der Finanzgesetze, wenn bis dahin auch die politische Lage sich weiter verbessert habe, eine neue Fi-nanzoperation in Vorschlag bringen und zwar auf der Grundlage der noch im Besitze des Staates befindlichen Kirchengüter, die aus-reichend seien, um die finanzielle Zukunft sicher zu stellen.

Florenz, 21. Januar. Der Senat hielt heute seine erste Sitzung nach der Vertagung. Der Konseilspräsident zeigte die er-folgte Neubildung des Kabinetts an. Die einzelnen Minister reich-ten verschiedene von der Deputirten-Kammer bereits genehmigte Ge-setzentwürfe ein. — Die Deputirten-Kammer septe die Budgetbe-rathung fort. Sämtliche Artikel des Einnahme-Etats wurden genehmigt, mit Ausnahme der vorgängig suspendirten. Im Laufe der Debatte erklärte sich der Minister der öffentlichen Arbeiten mit einer Herabsetzung der Telegraphiegebühren einverstanden. — Die Mehrzahl der Journale beurtheilt das Finanz-Exposé ungünstig. Die Deputirten Crispi und Bagnoni waren heute zur königlichen Tafel geladen.

London, 21. Januar. Earl Derby ist wieder unwohl und daher außer Stande, dem heutigen Ministerrathe beizuwohnen.

London, 21. Januar. In den „Times“ wird eine Be-schreibung des auf den Werften der „Thames Iron Works Com-pany“ im Bau begriffenen preussischen Panzerschiffes „König Wil-helm“ gegeben. Das Schiff wird von dem Cityblatt als die größte Panzerschiffsgattung geschildert, welche bisher gebaut worden ist. Der Pa-zer hat eine Dike von acht Zoll; die Schiffsbatterie zählt 26 Dreihundertpfunder und das Schiff selbst ist 365 Fuß lang und 60 Fuß breit. Die Maschine hat 1150 Pferdekraft. Im Monat März wird die Fregatte vom Stapel laufen.

Petersburg, 21. Januar. Der „Invalide Russe“ tritt der von dem Wiener Blatte „Debatte“ vertretenen Ansicht entge-gen, der zufolge die europäischen Mächte es aufgeben sollten, über die unter türkischer Herrschaft lebenden Christen ein Protektorat auszuüben. Das russische Journal bemerkt dazu, daß ohne solche Stütze Seitens ihrer Glaubensbrüder alle christlichen Stämme des Orients durch Verweisung zum Aufstande getrieben werden wür-den. Dann könnten christliche Mächte in die üble Lage gerathen, zur Erhaltung muslimänischer Herrschaft mit dem Muselman ein Bündniß gegen Christen eingehen zu müssen.

Pommern.

Stettin, 22. Januar. Nach dem betreffenden Bundesge-setze werden portopflichtige Dienstbriefe bekanntlich mit dem für un-frankirte Briefe eingeführten Zuschlagporto von 1 Sgr. alsdann nicht belegt, wenn die Eigenschaft derselben als Dienstbriefe erkenn-bar gemacht worden ist. Zur Ausführung ist jetzt angeordnet wor-den, daß innerhalb des gesamten norddeutschen Postgebietes das Zuschlagporto wegfällt: bei Sendungen von öffentlichen Behörden, von einzelnen, eine öffentliche Behörde vertretenden Bramten, so wie von Geistlichen in Ausübung amtlicher Funktionen; sofern die Briefe auf der Adresse als Dienstbriefe kenntlich gemacht, mit öffent-lichem Siegel oder Stempel verschlossen sind. Ist letzteres dem Bramten nicht übergeben, so hat er das Fehlen des Amtseiegels durch Unterschrift des Namens und Amtes zu bescheinigen. Zu den öffentlichen Behörden gehören übrigens nicht nur die Bun-des- und unmittelbaren Staatsbehörden, sondern auch die mittel-baren Staatsbehörden, z. B. die städtischen und ländlichen Ge-meindebehörden, Verwaltungsstellen, welche weder im unmittel-baren noch mittelbaren Bundes- oder Staatsdienste stehen, sind zur Anwendung einer Portobezzeichnung nur so weit berechtigt, als ihnen staatliche Funktionen, wie den Direktionen der Privat Eisenbahnen Betreffs der Bahnpolizei übertragen sind. Ausgeschlossen von dieser Berechtigung sind milde Stiftungen und Privat-Vereine, auch wenn dieselben, nach Maßgabe der früheren, einwilligen aufrechterhaltenen Bewilligungen die Portofreiheit für gewisse Sendungen haben. Bei Briefen, welche nach Gebieten außerhalb des norddeutschen Postge-bietes bestimmt sind, oder von dort her nach demselben kommen, oder durch dasselbe gehen, findet der Erlaß des Zuschlagporto's nicht statt, da in dieser Hinsicht lediglich die vertragmäßigen Be-stimmungen gelten.

Nach einer Bekanntmachung des Kriegsministeriums sollen in diesem Winter Uebungen der schiffahrttreibenden Mannschaften des Beurlaubtenstandes nicht stattfinden.

Gestern sind in der Postkutsche auf der Lastbude 790, Grünhof 292, Tornay 115, Bredow 295, Bredow Anthel 366, Zülchow 112, überhaupt also 1970 Portionen Suppe verabreicht.

Vorgestern Mittag wurde dem Messerschmidt H. in der Schußstraße sein vor dem Hause hängender Schaufenster mit ver-schiedenen Messern gestohlen. Den leeren Kasten fand man gestern am Festungsgraben in der Nähe des Eisenbahnhofs. — Aus einer Küche des Hauses große Wollweberstraße No. 10 sind 6 Stück silberne Eßlöffel, aus einer Wohnung große Wollweberstraße Nr. 36 verschiedene Kleidungsstücke und aus einem Handelskeller in der Hünnerbeinstraße durch die kurz nachher ergriffenen Dieben Ed. Steinström und Aug. Höpner 2 Paar Enten gestohlen worden.

In dem elegant hergerichteten Brodmannschen Circus im Schützenparken versammelt sich seit Sonntag abends ein zahl-reiches Publikum, welches den überraschenden Leistungen des Zau-berkünstlers Ago ston mit dem lebhaftesten Interesse folgt und dieselben mit dem lautesten Beifall begleitet. Herr A. überrascht ebenso sehr durch seine Geschicklichkeit, wie er durch einen gewählten Vortrag — eine seltene Erscheinung bei seinen Kollegen — zu fesseln ver-mag. Durch diese Eigenschaft weh er selbst schon bekannten und

erklärten Placen einen neuen Reiz zu verleihen. Durchaus neu sind seine Geistererlehnungen, welche sich bis jetzt der besten Auf-nahme bei dem Publikum zu erfreuen hatten. Den Schluß seiner Vorstellung bildet die Wunderfontaine. Nach den bisherigen mit großem Beifall aufgenommenen Vorstellungen läßt sich erwar-ten, daß auch die ferneren eine bedeutende Zugkraft auf das Publi-kum ausüben werden. — Der Salon selbst ist auf das Elegante und beforirt und vor jeder Zugluft bewahrt, ebenso ist durch Auflegen von Kofosmatten das Frieren der Füße, welches sich bei Brodmann so unangenehm fühlbar machte, beseitigt. Von dem Thore des Schützenhauses bis zu dem Eingange des Salons ist ein sehr guter Weg hergestellt worden, der binnen Kurzem überdies durch elektrisches Licht erleuchtet werden wird.

Bermischtes.

Berlin, 20. Januar. Es ist schon früher in diesen Blät-tern der Fabrikate der hiesigen wohlrenommirten Spielkarten-Fabrikate von Pfeiffer, Anhaltische Kommunikation Nr. 18, rühmlich gedacht worden. Neuerdings ist auf ein sehr in Aufnahme gekommenes Fabrikat, das auch aus dieser Fabrik hervorgeht, auf undurchsichtige Karten nämlich hinzuweisen, die ebenso fein und glatt und beinahe eben so dünn wie die übrigen sind, und dabei nur 1 Sgr. mehr als diese kosten. Es mag dabei zur Empfehlung derselben noch erwähnt werden, daß auch in Köln dergleichen Kar-ten gemacht werden, die indessen bedeutend stärker sind und auch 3 Sgr. mehr kosten als die gewöhnlichen.

Biehmarkte.

Berlin, 20. Januar. c. wurden an Schlachtvieh auf hiesigen Viehmarkt zum Verkauf aufgetrieben:
An Rindvieh 1274 Stück; fette beste Waare wurde mit 16—17 Thlr., mittel 13—14 Thlr., ord. 9—11 Thlr. per 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt, und wurden mehrere Ankäufe nach den Rheinlanden gemacht.
An Schweinen 3594 Stück. Der Handel war ziemlich lebhaft, doch konnten bei diesen bedeutenden Zutritten nur sehr mittelmäßige Preise erzielt werden, beste feine Kern-Schweine wurden nur mit 16—17 Thlr. per 100 Pfd. Fleischgewicht bezahlt, Bestände wurden nicht geräumt.
An Schafen 2650 Stück. Die Preise waren merklich gedrückt als vorwöchentlich, fette Hammel im Gewicht von 40—48 Pfd. wurden mit 7 bis 7½ Thlr. bezahlt.
An Kälbern 715 Stück, wofür sich die Durchschnittspreise niedriger stellten als seit mehreren Wochen.

Börsen-Berichte.

Stettin, 22. Januar. Witterung: trübe, Nachts leichter Frost. Temperatur + 1° R. Wind: SO.

An der Börse.
Weizen steigend bezahlt, per 2125 Pfd. gelber inländ. 102—107½, bez., ungarischer 89—99, bez., weißer poln. 105—107, bez., bunter do. 100—105, bez., 83—85½, gelber Frühl. 100—101, bez., Dr. und Ob., Mai-Juni 101, bez., Juni-Juli 102, bez., 101½, bez.

Roggen höher bezahlt, pr. 2000 Pfd. loco 78—79, bez., gerin-ger 75½—77½, bez., Januar 77½, bez., Ob., Frühjahr 77½, 78½, 1½, bez., u. Dr., Mai-Juni 77½, bez., 78, bez., Juni-Juli 77, bez., u. Ob.

Gerste schwer veräußlich, pr. 1750 Pfd. loco ungarische 50½—52, bez., mährische 53—54, bez., 69—70½, schel. Frühl. 54½, bez., Ob. Gafer höher bezahlt, pr. 1300 Pfd. 36½—37½, bez., 47—50½, Frühljahr 37½, 38, bez., u. Ob.

Erbsen fest, pr. 2250 Pfd. loco 68—71, bez., Viktoriaerbsen 95, bez., Frühljahr 70, bez., Ob. Wicken loco 56—58, bez., Ob.

Lupinen loco gelbe 38—40, bez., Frühljahr 42½, bez., Ob. Rübsen wenig verändert, loco 10½, bez., Dr., Januar und Januar-Februar 10, bez., Ob., April-Mai 10½, bez., Ob.

Spiritus wenig verändert, loco ohne Faß 20½, bez., mit Faß 19½, bez., Dr., Januar-Februar 20, bez., u. Dr., Frühljahr 20½, bez., u. Dr., Mai-Juni 20½, bez., Ob., Juni-Juli 21½, bez., 21, bez., Ob.

Angemeldet: 10 Wpl. Roggen. Regulirungs-Preise: Weizen —, Roggen 77½, Rübsen 10, Spiritus 20.

Landmarkt.
Weizen 96—105, bez., Roggen 75—78, bez., Gerste 50—54, bez., Hafer 36—38, bez., pr. 26 Scheffel, Erbsen 68—71, bez., pr. 25 Scheffel, Den pr. Dr. 23—27½, bez., Stroh pr. Schoß 7—8, bez.

Breslau, 21. Januar. Roggen pr. Januar 73½, pr. Frühljahr 74½, pr. Januar 95, Dr. Roggen pr. Januar 73½, pr. Frühljahr 74½, Rübsen pr. Januar 10, Dr., pr. Frühljahr 10, Dr. Waps pr. Januar 89, Dr. Zint fest.

Hamburg, 21. Januar. Getreidemarkt. Roggen 56 auswärts, na-mentlich ab Petersburg bedeutender Umsatz, reichlich 1000 Last zu 1½—2, bez., höheren Preisen. Getreide auf Termine gelocht: Weizen pr. Januar 5400 Pfd. netto 176 Bankothaler Dr., 75 Ob., Januar-Februar 176 Dr., 175 Ob., pr. Frühl. 177 Dr., 176 Ob. Roggen pr. Januar 5000 Pfd. brutto 139 Dr., 138 Ob., Januar-Februar 138 Dr., 137 Ob., pr. Frühljahr 137 Dr., 136 Ob. Hafer fest, aber beschränkt. Rübsen fester, loco 22½, pr. Mai 23, pr. Oktober 23½. Spiritus ruhig. Kaffee ruhig. Zint unverändert. — Kaltes Wetter.

Amsterdam, 21. Januar. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Roggen auf Termine steigend, pr. März 308½, pr. Mai 310½, pr. Juni 307½.

Stettin, den 22. Januar.					
Hamburg	6 Tag.	151½ G	St. Börsenhaus-O.	4	—
"	2 Mt.	—	St. Schauspielh.-O.	5	—
Amsterdam	8 Tag.	143¾ G	Pom. Chausseeb.-O.	5	—
"	2 Mt.	142¾ bz	Used. Woll. Kreis-O.	5	—
London	10 Tag.	6 24½ bz	Fr. National-V.-A.	4	119 B
"	3 Mt.	6 23½ bz	Pr. Sec.-Assicuranz	4	—
Paris	10 Tg.	81½ G	Pomerania	4	119 B
"	2 Mt.	—	Union	4	108 B
Bremen	3 Mt.	—	St. Speicher-A.	5	—
St. Petersburg	3 Wch.	93¾ G	Ver.-Speicher-A.	5	—
Wien	8 Tag.	—	Pom. Prov.-Zuckers.	5	900 G
"	2 Mt.	—	N. St. Zuckersied.	4	—
Preuss. Bank	4	Lomb. 4½ %	Mesch. Zuckerfabrik	4	—
Sts.-Anl. 5457	4½	—	Bredower	4	—
"	5	—	Walzmühle	5	—
St.-Schldsch.	3½	—	St. Portl.-Cementf.	4	—
P. Präm.-Anl.	3½	—	St. Dampfschlepp-G.	5	—
Pomm. Pfäbr.	3½	—	St. Dampfschiff-V.	5	—
"	4	—	Neue Dampfer-C.	4	—
" Rentenb.	4	—	Germania	—	99½ B
Ritt. P.P.B.A.	4	—	Vulkan	—	90 B
Berl.-St. E. A.	4	—	St. Dampfmühle	4	114 B
" Prior.	4	—	Pommerod. Ch.F.	4	—
"	4½	—	Chem. Fabrik-Ant.	4	—
Starg.-P. E. A.	4½	—	St. Kraftdünger-F.	—	—
" Prior.	4	—	Gemeinn. Bauges.	5	—
St. Stadt-O.	4½	94 B			